

„Es geht um eine politische Lösung“ – Reiner Bernstein: Militär dominiert Israel¹

Interview mit dem Münchner Historiker Reiner Bernstein, der sich als deutscher Verbindungsmann der Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern zur Verfügung gestellt hat. Die Initiative wurde im Jahr 2003 gegründet und spricht sich für eine Zwei-Staaten-Regelung zwischen Israelis und Palästinensern aus.

■ Es scheint so zu sein wie immer im Nahen Osten: Es gibt leichte hoffnungsvolle Zeichen, wie etwa die Initiative palästinensischer Gefangener, die sich für eine Zwei-Staaten-Regelung aussprach und auch Israel anerkennen wollte, und dann kommt es zu einer Eskalation. Warum?

Es gibt innerhalb der israelischen und palästinensischen Gesellschaft keinen Konsens darüber, was eine Zwei-Staaten-Lösung ausmachen würde angesichts der Realitäten. Die Palästinenser haben sich nur mit Mühe darauf verständigt, dieses Gefangenendokument zu akzeptieren, es hat lange politische Kämpfe gegeben, und die israelische Politik hat sich von Anfang an von diesem Dokument distanziert. So besteht nach wie vor zwischen beiden Völkern ein Patt, das zu Lasten der Palästinenser wegen ihrer staatspolitischen Unebenbürtigkeit geht.

■ Wie hätte die israelische Regierung auf die Entführung von Soldaten und den andauernden Beschuss mit Kassam-Raketen reagieren sollen?

Die früheren Ministerpräsidenten Rabin und Barak standen nach der Entführung israelischer Soldaten vor einem ähnlichen Problem. Sie haben den Versuch unternommen, diplomatisch zu reagieren und auf militärische Optionen zu verzichten. Insofern ist das, was Olmert und das israelische Militär heute tun, eine neue Dimension. Sie versuchen, die Hisbollah mit militärischen Mitteln abzuwehren, was nach Lage der Dinge nicht funktionieren wird. Wir sehen ja, dass die Solidarisierung der libanesischen Gesellschaft mit der Hisbollah ungebrochen ist. Je mehr das israelische Militär bombt, desto größer wird die Solidarisierung ausfallen. Die libanesischen Regierung ist schwach, die abhängig ist, von Syrien und Iran. Von ihr kann man nichts erwarten.

■ Was halten Sie von den Zielen der israelischen Regierung? Sie will mit dem militärischen Vorgehen die Freilassung der Soldaten und die Entwaffnung der Hisbollah erreichen.

Ich halte davon wenig, und zwar deswegen, weil ich glaube, dass das Militär das Sagen hat. Die Regierung läuft dem Militär mehr oder minder hinterher. Die wichtigen Entscheidungen werden von den Kommandeuren getroffen. Politisch stellt sich generell die Frage, wie es weitergehen soll, nachdem es zu einem Waffenstillstand gekommen ist. Die israelische Regierung hat noch einmal betont, dass mindestens zehn bis vierzehn Tage vergehen werden, bis sie ihre militärischen Ziele erreicht hat. Das bedeutet, dass innerhalb dieser Zeit die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten weitere Verluste wird hinnehmen müssen.

¹ Das Interview erschien am 24.07.2006 im „Neuen Deutschland“.

- Israel hat den Gaza-Streifen verlassen und musste im Anschluss den Beschuss aus dem Gaza-Streifen erdulden. Ähnliches geschah nach dem Abzug aus dem Südlibanon, wo die Hisbollah in das Vakuum vorstieß. Haben diese Abzüge die Hamas und die Hisbollah gestärkt?

Der grundlegende Fehler von Ariel Sharon war der, mit der Autonomiebehörde keine Vereinbarung über den Abzug aus dem Gaza-Streifen zu treffen. Wenn Sharon dies getan hätte, hätte er implizit anerkannt, dass es auf der anderen Seite einen Partner gibt – einen Partner, der auch für die anderen strittigen Fragen Zuständigkeit reklamiert: bei den Problemen Westbank und Ost-Jerusalem sowie beim Thema der palästinensischen Flüchtlinge. In der Logik von Sharon war der einseitige Abzug richtig. Aber er führte dazu, dass der Gaza-Streifen ohne eine handlungsfähige und von der palästinensischen Bevölkerung anerkannte Autorität zurückblieb. In diese Lücke stießen die Radikalen vor und nahmen das Heft in die Hand.

- Welche Schritte wären jetzt nötig?

Wir alle hoffen, dass es bald einen Waffenstillstand gibt. Die so genannte internationale Gemeinschaft muss den Druck auf alle Parteien erhöhen. Der gegenwärtige Krieg zeigt, dass die Probleme im Nahen Osten endlich politisch angepackt werden müssen: der israelisch-palästinensische Konflikt, das Verhältnis zwischen dem Libanon und Syrien, die Frage der Golan-Höhen und das Problem, welche Rolle Iran künftig in der Region spielt. Es geht darum, koordiniert alle politischen und diplomatischen Mittel einzusetzen, damit dieser unselige Konflikt endlich bereinigt werden kann. Ich spreche schon lange nicht mehr von Frieden. Es geht um Regelungen. Den Gegnern einer umfassenden Regelung auf beiden Seiten müssen die Mittel und Wege genommen werden, den Konflikt immer wieder in die Eskalation zu treiben.

- Der iranische Parlamentspräsident wird mit den Worten zitiert, der Krieg gegen Israel habe erst begonnen. Lenkt Iran nur von seiner Atompolitik ab, oder ist diese Drohung ernst zu nehmen?

Teheran ist natürlich gleichsam fein raus, weil es sich momentan nicht mehr darum kümmern muss, wie der Westen auf sein Atomprogramm reagiert. Ich halte die Drohung für nicht abwegig, ich schätze sie hoch ein. Aber ich glaube, dass auch in diesem Fall nur die politische Diplomatie weiterhilft. Es wird in dieser Region keine militärischen Lösungen geben.

Interview: Stefan Wirner